

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Hauptschule Ost, Pädagogisches Zentrum, Ländchenweg 8		
Datum 29.04.2008	Beginn 17:00 Uhr	Ende 22:50 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Eisenach, Christina bis TOP B 2
Flüshöh, Oliver
Grüntker, Hermann
Gutknecht, Werner
Hannuschka, Lutz
Heinemann, Manfred
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Kurek, Martin
Lusebrink, Hans-Otto bis TOP 12
Nockemann, Frank
Rant, Siegmar
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Rüttershoff, Karen
Schaumburg, Carsten
Steuernagel, Rolf
Zeilert, Hans-Jürgen
Ferrara, Santo
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Oehl, Heinz
Philipp, Gerd
Schier, Peter
Schmidt, Detlef
Schwabe, Bernd Ulrich
Stobbe, Jochen
Strelow, Martin
Tempel, Gabriele
Werner, Gudrun
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Rindermann, Horst
Weidenfeld, Uwe bis TOP 12
Kappelhoff, Petra Viola
Kranz, Jürgen
Rippa, Andreas
Sieker, Dieter
Bachert-Heute, Heike

Bockelmann, Christian Dr.
Sattler, Karin
Siepmann, Ernst Walter
Heumann, Kerstin
Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Crämer, Thorsten

bis TOP 11

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Esser, Meinhard
Fischer, Rudolf
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Kuss, Jürgen
Mollenkott, Marion
Neuburg, Hanspeter
Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Heringhaus, Petra
Voß-Müller, Jutta

Abwesend:

Mitglieder

Willcke, Angelika

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung holt Herr Dr. Steinrücke die nach der Geschäftsordnung des Rates notwendige Zustimmung für Bild- und Tonaufnahmen des anwesenden WDR- Studios ein.

Er weist auf die folgenden nachgereichten Dokumente hin, über deren Aufnahme in die Tagesordnung auf Antrag von Herrn Flühöh einzeln abgestimmt wird:

- Schriftlicher Antrag der FDP Fraktion „Einwohnerversammlung“ vom 24.04.08
dafür 20; dagegen 26, Enthaltungen 2
Aufnahme in Tagesordnung damit abgelehnt
- Tischvorlage Nr. 069/2008 „Ordentliche Hauptversammlung der AVU am 16.05.2008“
Aufnahme in Tagesordnung einstimmig mit 2 Enthaltungen beschlossen
- Vorlage Nr. 065/2008 Personalmitteilung
Aufnahme in Tagesordnung einstimmig beschlossen

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigungen der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 14.02.08 und 13.03.08
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung (maximal 60 Minuten)
- 3 Mitteilungen der Bürgermeisters
- 4 Änderung von Ausschussbesetzungen 059/2008
- 5 Mündlicher Antrag der FDP "Einwohnerversammlung zur Bäderfrage"
- 6 Fraktionsantrag von BfS, CDU und SWG vom 05.03.2008 "Zukünftiges Bäderkonzept" 047/2008/1
- 7 Untersuchung der Bäder in der Stadt Schwelm (Einbringung als Tischvorlage) 010/2008

8	Bildung von kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreisen	021/2008
9	Satzung über die Verringerung der Ratsmandate für die Wahlperiode zur Gemeindewahl 2009 bis 2014	050/2008
10	Durchführung von investiven Maßnahmen und Instandhaltungen an und in städtischen Gebäuden (Genehmigung einer)Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW	049/2008
11	Antrag der SWG-Fraktion "Erstellen von Kostenstellen im Rahmen der Produktpläne"	129/2007
12	Haushaltssatzung, Haushaltssicherungskonzept und Haushaltsplan (Stand 3. Änderungsliste) nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2008	055/2008
13	Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen	058/2008
14	Erweiterung der offenen Ganztagsgrundschule in der Grundschule Westfalendamm und Katholischen Grundschule Südstraße	037/2008
15	Erweiterung der offenen Ganztagsgrundschule in der Grundschule Westfalendamm und Katholischen Grundschule Südstraße	037/2008/1
16	Qualitätsstandard für die offenen Ganztagsgrundschulen; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BfS	034/2008
17	Antrag der B'90/Die Grünen Schwelm zur Erstellung eines Spielflächenbedarfsplanes	032/2008
18	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von Verkaufssonntagen 2008	046/2008
19	Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schwelm	008/2008

- | | | |
|----|---|----------|
| 20 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Westfalendamm" | 018/2008 |
| 21 | Bebauungsplan Nr 79 "Zamenhofweg"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB | 019/2008 |
| 22 | Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 16.05.2008 | 069/2008 |

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigungen der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 14.02.08 und 13.03.08

Die Niederschriften der Ratssitzungen vom 14.02.08 und 13.03.08 werden genehmigt.

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung (maximal 60 Minuten)

In der auf 60 Minuten begrenzten Fragestunde beantwortet Herr Dr. Steinrücke die Fragen der Einwohner/innen und ging in dem emotionsgeladenen Diskussionsverlauf auf die verschiedenen Redebeiträge der Freibadbefürworter ein. Die Befürworter forderten eine förmliche Einwohnerversammlung, um Vorschläge für den Erhalt des Bades unterbreiten zu können. Das Angebots des Vereins „Pro Schwelmebad“ als Lösung zur Öffnung des Bades in 2008 kam dabei ebenso zur Sprache wie der Vorschlag, das Freibad zu überdachen. Die Argumente für den Ganzjahresbetrieb des Hallenbades wurden kontrovers diskutiert und das Hallenbad nicht als erhaltenswert angesehen. Die Verschuldung der Stadt wurde angesprochen und Spekulationen über die zukünftige Nutzung des Freibadgeländes geäußert.

- 3 Mitteilungen der Bürgermeisters

keine

- 4 Änderung von Ausschussbesetzungen 059/2008

Beschluss:

Die in der Vorlage Nr. 059/2008 vorgeschlagene Änderung von Ausschussbesetzungen sowie die Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der städt. Sparkasse zu Schwelm werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	47
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

- 5 Mündlicher Antrag der FDP "Einwohnerversammlung zur Bäderfrage"

Die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Flühöh erläutert den gemeinsamen Antrag und stellt die Beweggründe dar, warum die CDU ein Allwetterbad im PPP-Verfahren ablehnt. Die Möglichkeit des Ganzjahresschwimmens solle erhalten bleiben, so dass die Entscheidung für die Beibehaltung des Hallenbades getroffen wurde. Er zeigt die Verbindlichkeiten der Stadt auf und stellt die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung im freiwilligem Bereich dar.

Wegen des hohen Zuschussbedarfs der Bäder war eine Grundsatzentscheidung zu treffen, die nicht leicht gefallen sei. Die Einrichtungen Musikschule und Bücherei wurden dabei nicht in Frage gestellt. Er stellt klar, dass er nicht grundsätzlich PPP-Modelle ablehne, hinsichtlich des Bades zum jetzigen Zeitpunkt aber zu viele Risiken gesehen würden.

Eine Zuführung des Freibadgeländes zur Wohnbebauung sieht das Stadtentwicklungskonzept nicht vor. Ein Verkauf des Grundstücks würde lediglich einen Einmaleffekt für den Haushalt bedeuten. Er könne sich die Einbindung des Geländes in ein Naherholungsgebiet „Schwelmer Wald“ vorstellen.

Herr Gießwein vertritt die Auffassung, dass eine Schließung des Freibades keine Einsparung bedeuten würde. Er appelliert an die antragstellenden Parteien, ihre Entscheidung unter diesem Gesichtspunkt zu überdenken.

Er unterstütze das Angebot des Fördervereins Pro Schwelmebad und beantragt zusammen mit der SPD und FDP Fraktionen, dieses Angebot anzunehmen.

Herr Stobbe unterstellt, dass die Entscheidung für eine Freibadschließung bereits vor dem Gutachten feststand, da bereits seit 2000 erste Hinweise für diese Absicht sprechen. Er versteht den jetzigen Zeitpunkt nicht und wirft der CDU durch die Zeitverzögerung Verschwendung von Steuermitteln vor.

Er erläutert, warum für ihn eine Schließung nicht „familienfreundlich“ sei. Die Bädersituation solle gemeinsam geklärt werden, weshalb er eine Bürgerversammlung nach § 23 GO befürworte, um alle Argumente auszutauschen und die Einwohner/innen in die schwierige Entscheidung einzubeziehen.

Herr Stobbe sieht in der Freibadschließung nicht den einzigen Weg zu sparen und favorisiere ein Ganzjahresbad auf dem Freibadgelände.

Herr Schwunk bemängelt, dass die nach Abbruch der letzten Ratsitzung angekündigte Einwohnerversammlung nicht stattgefunden habe, zumal die heutige Fragestunde gezeigt habe, dass viele Anregungen von Einwohnern unberücksichtigt geblieben seien. Die seit 2002 geführten Diskussionen zu dem Thema seien weitgehend nicht öffentlich geführt worden und er vermute, dass die CDU eine öffentliche Diskussion verhindern wolle, wofür die Abstimmung über die Aufnahme seines Antrages in die Tagesordnung spreche. Er findet eine Schließung in diesem Jahr und eine mögliche Öffnung im nächsten Jahr für unverständlich und sieht einen Zusammenhang zu den in 2009 stattfindenden Kommunalwahlen. Das Konzept sei ohne Verkauf des Freibadgrundstücks ohne nachvollziehbaren Effekt für den Haushalt. Neue Fenster im Hallenbad würden es nicht attraktiver machen und die Besucherzahlen auch nicht steigern. Ohne ein weitergehendes Konzept sei vorhersehbar, dass eine Schließung des Hallenbades in 3 bis 4 Jahren auf der Tagesordnung stehen würde. Ein Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung müsse weitere Dinge berücksichtigen. Die Leistung TBS könne deutlich gesenkt werden. Für das Haus Martfeld müsse dringend ein neues Konzept gefunden werden, um den Zuschussbedarf zu senken. Die Personalkosten seien immens hoch

und sollten durch ein neues Führungskonzept gesenkt werden. Er wirft den beiden Wählergemeinschaften vor, dass Gewerbegebiet Linderhausen zu Fall gebracht zu haben, das die Einnahmen der Stadt beeinflusst hätte.

Er hofft, dass ein Ganzjahresbad am Freibad noch möglich werde und appelliert an die Fraktionen, das Angebot des Fördervereins zu prüfen.

Herr Ferrara bittet die Fraktionen ihre Entscheidung zu überdenken. Schwelm solle auch für junge Familien attraktiv bleiben und dazu gehöre die Freizeitmöglichkeit Bad. Er habe im Internet Allwetterbäder eines Investors gesehen, der auch im Gutachten genannt wurde und könne sich solch eine Lösung gut für das Freibad vorstellen.

Für Frau Gießwein bedeutet das Freibad einen Treffpunkt für Kinder und Jugendliche, der durch das Hallenbad nicht ersetzt werden könne. Ein Ausweichen auf die Nachbarstädte sei aus verschiedenen Gründen oft nicht möglich. Die Diskussion zeige, wie wichtig das Thema für die Bevölkerung sei und deshalb bittet sie keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen und den Vorschlag des Fördervereins aufzugreifen.

Herr Strelow appelliert ebenfalls an die Fraktionen, keine vorschnelle Entscheidung zu treffen, da im Freibad viele Menschen im Sommer ihre Ferien verbringen würden, was im Hallenbad nicht vorstellbar sei. Es müsse der beste und kostengünstigste Weg ausdiskutiert werden.

Frau Kappelhoff möchte die Möglichkeit des Ganzjahresschwimmen erhalten. Angesichts des Nothaushaltes ist es ihr wichtig, Leistungen für Kindertagesstätten, Schulen und Offene Ganztagschulen anzubieten, so dass sie keine 130.000 € für eine Ausschreibung Bäderkonzept in den Haushalt einstellen möchte.

Herr Kurek empfiehlt einen Blick nach Hagen zu werfen, wo aufgrund der Haushaltssituation mehrere Bäder geschlossen werden müssen.

Frau Dr. Hortolani stellt klar, dass eine Lösung mit dem Förderverein nicht ohne städtische Zuschüsse denkbar sei. Es solle eine sachliche Entscheidung getroffen werden und weitere Lösungsmöglichkeiten bedacht werden als sich zwischen zwei maroden Bädern zu entscheiden.

Herr Siepmann erwidert, dass die Technik im Hallenbad nicht marode ist und eine Sanierung unter 1 Mio € möglich sei. Dort würde eine anderes Klientel als im Freibad bedient. Er erläutert, warum er in der PPP Variante ein großes Risiko sieht. Eine Öffnung des Freibades in Eigenregie würde er unterstützen.

Herr Oehl wirft der CDU vor, nicht mit Menschen umgehen zu können und empfindet es als Geldverschwendung, das bereits hergerichtete Freibad nicht zu öffnen.

Für Herrn Weidenfeld gehört das Freibad zur Identität der Stadt Schwelm. Mit Schließungen von Freibad, Musikschule, Bücherei und Verkauf Haus Martfeld wäre der Haushalts vielleicht saniert, aber Schwelm hätte die Identität verloren.

Herr Sieker möchte dem Förderverein auch eine Chance geben, das Bad zu öffnen, allerdings sei ihm das Konzept nicht konkret genug.

Herr Kick kann verstehen, dass die Bürger über die Beliebigkeit der Beschlüsse verärgert sind, zumal im Anschluss im nicht öffentlichen Teil für den Sportplatz VfB 100.000 € bereit gestellt werden sollen, was bereits in der Zeitung zu lesen war. Er gibt zu bedenken, dass es Folgen auf die Kaufkraft haben würde, wenn die Schwelmer die Freibäder der Nachbarstädte besuchen würden. Er bittet die antragstellenden Fraktionen, ihre Entscheidung zu überdenken und den Antrag zurückzuziehen.

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass es den Förderverein bereits seit einem Jahr gibt. Es habe nur Blockaden und keine Kooperation mit der Stadt gegeben.

Herr Gießwein hatte gehofft, aufgrund der dargestellten Zahlen ein Umdenken der Fraktionen zu erreichen, da die Schließung für die Stadt keine Einsparung bedeute. Er bemängelt die Art und Weise des Umgangs miteinander. Herr Frech hätte den Beratungsbedarf der übrigen Parteien respektiert. Er beantragt die namentliche Abstimmung.

Herr Crämer bemerkt, dass er gegen den Antrag stimmen werde.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	21
	Enthaltungen:	

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und SPD, das vorliegende Angebot des Fördervereins vom 27.04.08 zum Weiterbetrieb des Freibades im Jahr 2008 anzunehmen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	21
	dagegen:	27
	Enthaltungen:	

7	Untersuchung der Bäder in der Stadt Schwelm (Einbringung als Tischvorlage)	010/2008
---	---	----------

aufgrund des Beschlusses zu 047/2008/1 obsolet

8	Bildung von kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreisen	021/2008
---	--	----------

Beschlussvorschlag:

Die Bildung der in der Vorlage Nr. 021/2008 in Tabelle 1 aufgeführten und bereits tätigen kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreise wird formal beschlossen bzw. bestätigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	43
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

9 Satzung über die Verringerung der Ratsmandate für die 050/2008
Wahlperiode zur Gemeindewahl 2009 bis 2014

Herr Phillip erläutert, dass die SPD unter Berücksichtigung der Interessen der Verwaltung, der größeren und kleineren Parteien eine Reduzierung auf 36 Mandate mit tragen würde.

Frau Gießwein stimmt einer Verringerung auf 36 Mandate ebenfalls zu. Eine weitergehende Reduzierung könnte für die kleineren Parteien den Wegfall des Fraktionsstatus bedeuten und die Verteilung der laufenden Arbeit schwieriger gestalten.

Herr Flüshöh geht davon aus, dass in der durch das Kommunalwahlgesetz festgelegten Bandbreite die Interessen der Parteien gerecht werde. Aufgrund der Einsparungen favorisiere er die Verringerung auf 32, würde 34 aber noch mit tragen. Der Aufwand für die Verringerung um nur einen Wahlbezirk halte er für zu groß.

Frau Kappelhoff fürchtet, dass die Demokratie bei 32 Mandaten nicht mehr gegeben sei und spricht sich für 36 Mandate aus.

Variante a)

Nach § 3 Abs. 2 KWahlG soll durch Satzung die Zahl der Vertreter auf **32**, davon **16** in Wahlbezirken verringert werden.

Die dazu als Anlage beigefügte Satzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	25
	Enthaltungen:	4

Variante b)

Nach § 3 Abs. 2 KWahlG soll durch Satzung die Zahl der Vertreter auf **34**, davon **17** in Wahlbezirken verringert werden.

Die dazu als Anlage beigefügte Satzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	9

Variante c)

Nach § 3 Abs. 2 KWahlG soll durch Satzung die Zahl der Vertreter auf **36**, davon **18** in Wahlbezirken verringert werden.

Die dazu als Anlage beigefügte Satzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	8

Die Zahl der zu wählenden Vertreter und der Wahlbezirke wird nach § 3 Abs. 2 KWahlG nicht verringert und beträgt daher 38 Vertreter, davon 19 in Wahlbezirken.

10	Durchführung von investiven Maßnahmen und Instandhaltungen an und in städtischen Gebäuden (Genehmigung einer)Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW	049/2008
----	---	----------

Beschlussvorschlag für den Bürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied

Mit folgenden investiven Maßnahmen und Instandhaltungen darf bereits vor der Beschlussentscheidung des Rates über den Etat 2008 begonnen werden:

A) Unterlassene Instandhaltungen

A S B E S T

Nordstadt - Asbestbeseitigung Stufe 1 -	127.758 €
Gymnasium - Asbestbeseitigung Stufe 1 -	25.350 €
HS Ost - Klassentüren/Asbestbeseitigung (Stand: 1.ÄL)	125.000 €
HS Ost - Entfernung Asbestzementplatten (Stand: 1.ÄL)	20.000 €

D Ä C H E R

Gymnasium - Dach (Flachdach Neubau)	126.200 €
-------------------------------------	-----------

F E N S T E R

Gymnasium - Fenster 1. BA Neubau	50.000 €
HS West - Fenster 2008 -	25.000 €

S O N S T I G E S

HS Ost - Blitzschutz (Innenanlage) -	8.000 €
HS Ost - Schaltschränke -	65.000 €
HS Ost - Duschanlagen (Stand: 1.ÄL)	35.000 €
Gymnasium – Duschanlagen (Stand: 1.ÄL)	13.500 €

B) Investive Gebäudemaßnahmen

VG I

Sicherung IT- Bereich -	140.000 €
GS Westfalendamm - Brandschutz -	36.900 €
Turnhalle West – Brandschutz -	37.100 €
HS West - Brandschutz -	41.500 €
Märkisches Gymnasium - Brandschutz -	174.800 €
D.-B.-Realschule - Fenster 1. BA -	147.000 €
D.-B.-Realschule - Blitzschutz (Stand: 1.ÄL)	5.000 €
GS Möllenkotten - Blitzschutz (Stand: 1.ÄL)	5.000 €

C) Instandhaltungsmaßnahmen

HS Ost - Außentüren -	34.000 €
HS Ost - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	16.200 €
HS Ost – Einbau einer Druckhaltestation (Stand: 1.ÄL)	15.400 €
Gymnasium - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	13.300 €
Realschule - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	13.000 €
GS Westfalendamm - Ausbau OGS (Stand: 1.ÄL)	26.000 €

Datum: 14.03.2008

Gez.

Gez.

Dr. Jürgen Steinrücke
Bürgermeister

Gerd Philipp
Vorsitzender des

Schulausschusses

Beschlussvorschlag für den Rat

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied am 14.03.2008 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW über den Beginn von investiven Maßnahmen und Instandhaltungen an und in städtischen Gebäuden vor der Beschlusssentscheidung über den Etat 2008.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

11 Antrag der SWG-Fraktion "Erstellen von Kostenstellen im Rahmen der Produktpläne" 129/2007

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die unter Ziffer 1 und 3 geforderten Informationen im Rahmen der aufzubauenden Kosten- und Leistungsrechnung zukünftig bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	6
	dagegen:	
	Enthaltungen:	42

12 Haushaltssatzung, Haushaltssicherungskonzept und 055/2008
Haushaltsplan (Stand 3. Änderungsliste) nebst Anlagen
für das Haushaltsjahr 2008

Die Parteien geben ihr Statement zum Etat 2008 ab und dankten dem Kämmerer für das intensive Einbinden der Politik in die neue Form der Rechnungslegung. Herr Flüshöh macht deutlich, dass aufgrund der Finanzlage wenig Handlungsfähigkeit verbleibe und weitere Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden müssten. Es müsse über den Umfang der städtischen Leistungen nachgedacht und die Verwaltung modernisiert werden. Die Ansiedlung neuer Gewerbeflächen müsse gefördert werden. Die CDU werde dem Haushalt zustimmen.

Herr Phillip erinnert an das Zustandekommen des Haushalts 2007 und die damalige interfraktionelle Einigung. Der Arbeitskreis Zielfindung habe den Prozess einer neuen politischen Arbeit begonnen. Die interfraktionellen Gespräche stehen auch für den Haushalt 2008, auch wenn die CDU in der Bäderfrage wortbrüchig geworden ist. Die SPD werde dennoch zustimmen.

Herr Gießwein beurteilt die zukünftigen Haushaltsberatungen aufgrund der frühen Einbindung der Politik als einfacher und sieht den Zielfindungsprozess auf einem guten Weg. Die Bündnis 90 / Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen.

Frau Kappelhoff sieht in der Freibadschließung den ersten Schritt zur Konsolidierung und möchte zukünftig jedes Produkt auf den Prüfstand stellen. Die Bürger müssten über die Finanzsituation umfassend informiert werden. Dem Etat 2008 werde zugestimmt.

Herr Dr. Bockelmann erläutert, dass in einer Haushaltssicherungsgemeinde der Zwang zum Sparen bekannt sei und die Freibadentscheidung ein Schritt in die richtige Richtung war. Dem Etat werde zugestimmt.

Herr Schwunk erläutert die Gründe, warum der dem Etat nicht zustimmen werde. Er sieht Einsparpotenzial nicht bei den freiwilligen Leistungen sondern bei den Qualitätsstandards der gesetzlichen Aufträge. Der Irrweg der Steuererhöhungen hätten das Problem nicht gelöst.

Vor Eintritt in das Abstimmungsverfahren macht der Stadtkämmerer darauf aufmerksam, dass die in dieser Sitzung getroffene Entscheidung zu TOP 6 in das Zahlenwerk des Etat, insbesondere der Haushaltssatzung, mit aufgenommen werde. Er verliest die neuen Zahlen der Satzung.

Beschluss:

Nach Abschluss der Beratungen der Entwürfe des Haushaltsplanes 2008 (Stand 3. Änderungsliste) und der Bestandteile und Anlagen sind folgende Entscheidungen erforderlich:

1. Beschluss über den Stellenplan 2008

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	44
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

2. Beschluss über die Haushaltssatzung 2008

Die Haushaltssatzung ist als Anlage 1 zum TOP 12 der Niederschrift beigefügt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	44
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

Hinweis: Laut Sitzungsvorlage 055/2008 soll ein Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept 2008-2013 erfolgen. Es ist nunmehr vorgesehen, im Wege eines Nachtrags zur Haushaltssatzung 2008 das HSK in den Hauptausschuss am 05.06.08 einzubringen und am 19.06.08 zu verabschieden. Die beigefügte Haushaltssatzung wurde entsprechend geändert.

3. Beschluss über die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan der Stadt für technische Maßnahmen und Dienstleistungen der TBS ÄÖR veranschlagten Ausgabeansätze:

Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	44
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

Beschluss:

Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2007 in der Zeit vom 07.08.2007 bis zum 31.12.2007 im Verwaltungshaushalt in Höhe von 416.607,90 € und im Vermögenshaushalt in Höhe von 85.090,62 € genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

- 14 Erweiterung der offenen Ganztagsgrundschule in der Grundschule Westfalendamm und Katholischen Grundschule Südstraße 037/2008

Beschluss:

Die offene Ganztagsgrundschule in der Grundschule Westfalendamm und der Katholischen Grundschule Südstraße wird aufgrund des Bedarfes auf je zwei Gruppen erweitert.

Die Betreuungsmaßnahme „Acht bis eins“ in der Grundschule Westfalendamm und der Katholischen Grundschule wird auf je zwei Gruppen erweitert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

- 15 Erweiterung der offenen Ganztagsgrundschule in der Grundschule Westfalendamm und Katholischen Grundschule Südstraße 037/2008/1

Beschluss:

Die in der Ergänzungs-Vorlage 037/2008/1 genannten Kosten werden für 2008 zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

- 16 Qualitätsstandard für die offenen Ganztagsgrundschulen; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BfS 034/2008

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Schwelm gem. § 2 Abs. 1 BauGB in der z.Z. gültigen Fassung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. **(geänderte Beschlussfassung)** Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 BauGB in Form einer öffentlichen Auslegung für die Dauer von 2 Wochen durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

20 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 4. 018/2008
Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11
"Westfalendamm"

Beschluss:

Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Westfalendamm“ des Rates der Stadt Schwelm vom 25.10.2007 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

21 Bebauungsplan Nr 79 "Zamenhofweg" 019/2008
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1
Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der
Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden
und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4
Abs.1 BauGB

Beschluss:

1. Gemäß §2 (1) BauGB in Verbindung mit §13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 79 „Zamenhofweg“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach §2 (5) BauGB, vom Umweltbericht nach §21 BauGB, der Angabe nach §3 (2) S. 2

BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß §10 (4) BauGB wird abgesehen; §4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (tlw.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw.). Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 (7) BauGB).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB durchzuführen. Der Vorentwurf und die dazugehörige Entwurfsbegründung sind für die Dauer von zwei Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 5 Planung / Bauordnung, 1. Etage, öffentlich auszulegen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	42
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

22 Ordentliche Hauptversammlung der AVU 069/2008
Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am
16.05.2008

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt Schwelm, Frau Stadtamtsrätin Marion Mollenkott oder Vertreter wird ermächtigt, in der Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs – Unternehmen am 16.05.2008 den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

Befangen: Herr Schmidt

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 18 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 20.05.08	Schritfführer/in gez.	Der Bürgermeister gez.
	(Heringhaus)	Dr. Jürgen Steinrücke